

INFOPAPIER DER FDP-FRAKTION ZUM BÜRGERGELD

Das Bürgergeld ist regelmäßig Gegenstand von Diskussionen. Die inflationsbedingte Erhöhung des Bürgergeld-Regelsatzes zum 1. Januar 2024 erschien uns Freien Demokraten zu hoch – war aber leider mit unseren Koalitionspartnern kurzfristig nicht zu ändern. Im Rahmen der Verhandlungen um den Bundeshaushalt 2024 konnten wir jedoch deutliche Fortschritte erzielen, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Worauf haben sich die Koalitionsspitzen geeinigt?

Wir verstärken die Anreize, zu arbeiten: Die Sanktionen im Bürgergeld für Totalverweigerer werden wir verschärfen, denn Solidarität ist keine Einbahnstraße. Fördern und Fordern müssen immer Hand in Hand gehen. Den sogenannten Bürgergeld-Bonus werden wir angesichts des ohnehin steigenden Bürgergeldsatzes streichen; den Jobmotor zur Arbeitsmarktintegration für Ukrainerinnen und Ukrainer weiten wir hingegen aus.

Was ist mit der Höhe des Bürgergeldes?

Es gibt eine gesetzliche Formel zur jährlichen Anpassung der Bürgergeldhöhe. Neben der Lohn- fließt auch die Preisentwicklung ein – und zwar nicht nur rückwirkend, sondern bereits im Vorgriff auf Basis der Daten zur Jahresmitte. Damals war die Inflation im Vergleich zum Vorjahr noch recht hoch, sank in den letzten Monaten jedoch kräftig. So werden die Sätze nun womöglich stärker steigen als die relevante Inflation. Für uns Freie Demokraten steht deshalb außer Frage, dass die nächste Anpassung des Regelsatzes deutlich niedriger ausfallen muss. Um den Lohnabstand zwischen Bürgergeld und Mindestlohn-Verdienst zu wahren, ist für uns auch eine Null-Runde kein Tabu. All das zeigt, dass man die Berechnungsformel klüger und besser gestalten könnte – für Gespräche darüber sind wir offen.

Wie geht es mit dem Bürgergeld weiter?

Wir Freie Demokraten wollen, dass es mehr Menschen aus dem Bürgergeldbezug zurück in den Arbeitsmarkt schaffen. Dies ist angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels auch dringend geboten. Doch wir sehen auch: Zu häufig lohnt es sich für Bürgergeld-Beziehende kaum, ihre Arbeitszeit auszuweiten oder überhaupt eine Tätigkeit aufzunehmen. Es gibt immer noch Einkommensbereiche, in denen der Mehrverdienst zu 100 Prozent auf die Sozialleistung angerechnet wird. Das ist absurd. Der Sozialstaat muss die Menschen dabei unterstützen, sich finanzielle Selbständigkeit zu erarbeiten. Wir werben daher seit vielen Jahren dafür, diese schreiende Ungerechtigkeit zu beseitigen. Für das Jahr 2024 haben wir in der Koalition eine weitere Reform des Bürgergeldes vereinbart. Dabei wollen wir die Hinzuverdienstregeln im Bürgergeld weiter verbessern, um Arbeitsanreize zu stärken und es so leichter zu machen, das Bürgergeld Schritt für Schritt zu verlassen. Es muss gelten: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht oder weniger arbeitet.

Ist eine Bürgergeld-Reform denn finanzierbar?

Eine aktuelle Studie zur „Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize“ im Auftrag der Bundesregierung zeigt deutlich, dass bessere Hinzuverdienstregeln der richtige Weg sind. Die Forscherinnen und Forscher kommen zum Ergebnis, dass wir durch eine Reform der Hinzuverdienstmöglichkeiten die Arbeitsanreize stärken können. Langfristig muss das gar nicht mit höheren Ausgaben für den Staat verbunden sein. Denn bessere Hinzuverdienstregeln würden auch dafür sorgen, dass wir weniger Bürgergeldempfänger haben und damit weniger Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Und wenn die Erwerbsbeteiligung steigt, steigen auch die Steuer- und Beitragseinnahmen.